

Sicht, um schreiben zu können. Sollte durch die veränderte Anordnung keine Verbesserung eingetreten sein, so wird da Abhilfe geschaffen werden können durch künstliche Beleuchtung, die in Bewegung gesetzt werden kann. Es wird beabsichtigt, auf jedem Punkte eine Glühlampe anzubringen, die von dem Herrn, der an dem Punkte sitzt, gestellt werden kann je nach Bedarf. Es würden dadurch nicht allein die Lichtverhältnisse gebessert, es wird auch eine für das Arbeiten genügende Beleuchtung erzielt werden.

Schon der Herr Vorredner hat ausgeführt, daß sich die Klagen über das mangelhafte Hören nicht befähigt haben. Ich kann aus eigener Wahrnehmung dem beitreten. Ich habe gefunden, daß man oben mindestens eben so gut als im Saal hört. Sollten noch Nachteile sich gezeigt haben, so werden die sämmtlich gehoben werden, wenn die Herren an der Prüfung sitzen.

Was endlich die Temperatur anbelangt, so habe ich nicht wahrnehmen können, daß es heiß war. Es soll aber ein

Thermometer aufgehängt werden, und es wird sich dann durch die Ventilation verbessern lassen, was schlecht ist.

Ich möchte Ihnen anheimstellen, daß wir abwarten, welchen Effekt die Veränderungen haben werden und wie weit sie geeignet sein werden, dem Uebelstande abzuhelfen.

Vorsitzender: Meine Herren! Nach der Geschäftsordnung schließt sich nur dann eine Besprechung an die Interpellation, wenn es die Verammlung beschließt. Ich bitte, daß sich diejenigen, die in eine Besprechung eintreten wollen, erheben. (Es erheben sich nur wenige Mitglieder!)

Das ist abgelehnt. Damit ist die Interpellation erledigt.

Da die berechtigten Wünsche der Berichterstatter nach diesen Erklärungen nicht gehoben werden sollen, haben sämmtliche hiesigen Zeitungen nach der Beratung dieses Punktes die Berichterstattung eingestellt.

Extra-Beilage zu Nr. 237 des General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis. Mittwoch den 10. Oktober 1894.

Stadtverordneten-Sitzung.

Sitzung vom 8. Oktober.

Anwesend sind am Vorstandstische die Herren Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Dittenderger, Baumeister Schulze, Kommerzienrath Bethke;

am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Stabe, Bürgermeister Dr. Schmidt, Stadtbaurath Gensmer, Stadtschulrath Dr. Krüge, Stadträte Arndt, Wossfeld, Colla, Dömitz, Kieferstein, Winter;

und die Stadtverordneten: Apelt, Hofmann, Dr. Baumert, Bergmann, Billing, Briantmann, Brömmel, Brüncke, Demuth, Dietlein, Elze, Freyberg, Friedrich, Focke, Dr. Förstich, Haase, Haste, Heiser, Henze, Herz, Herzfeld, Hilbrandt, Hofmeister, Dr. Hillmann, Jenisch, Dr. Keil, Klinhardt, Robert, Koeniger, Prof. Dr. Köhlschütter, Kühn, Kesse, Otto, Paul, Ranse, Rausch, Roth, Sachs, Schmidt, Schulz, Schütte, Sommer, Streckner, Steinhaus, Weise, Weiß, Werther.

Enschuldig sind die Herren St.-B.: Herr. Zander, Rosch.

Beginn der Sitzung 4¹/₂ Uhr.

Vorsitzender: Es ist ein Schreiben eingegangen von dem Herrn Kommerzienrath Bethke, welches lautet: „Für die mir anlässlich meines 50-jährigen Berufsjubiläums ausgesprochenen Glückwünsche danke ich der Stadt verbindlichst und versichere, daß ich durch die mir erwiesene Anteilnahme ganz besonders erfreut gewesen bin.“

1. Kostenbeitrag zu den Vorarbeiten für die Kleinbahn Halle-Büschdorf.

Berichterstatter der Baukommission St.-B. Friedrich: Meine Herren! Der Magistrat hat ein Schreiben aus Büschdorf von dem dortigen Gemeindevorsteher zur Theilnahme an einer Verammlung erhalten, die am 1. 9. 94 anberaumt gewesen ist. Die Verhandlung hat den Zweck gehabt, eine Besprechung über die Ausführbarkeit der schon längst erörterten Idee einer Schienenverbindung nach dem Osten einzurichten. Es ist schon Jahre her, daß davon geredet wurde, eine solche Einrichtung zu machen. Man hatte damals aber mit dem Niedergang des wirtschaftlichen Lebens zu rechnen. Seit der Zeit haben sich dort viele Establishments angehebelt, und es erscheint daher, als ob die Idee auf fruchtbarerem Boden gefallen wäre. Der Magistrat hat den Herrn Stadtrath Ernst zu dieser Verammlung deputirt. Es ist auf der Verammlung ein Komitee gewählt worden, welches die Sache weiter verfolgen soll. Die Ansichten über die Art der zu errichtenden Bahn über Büschdorf hinaus nach Reideburg sind sehr auseinandergegangen. Man hat auf der einen Seite nur eine Güterbahn, auf der anderen Seite lebhaft eine Personenbahn mit Gepäckbeförderung gewünscht. Dann ist auch die Frage gestreift, ob diese Bahn mit Dampf, Elektrizität oder anderer Kraft betrieben werden soll. Es sind verschiedene Möglichkeiten erörtert worden.

Das Komitee, welches die ganze Angelegenheit in die Hand genommen hat und Schritte in Bezug auf die Ausführungsmöglichkeit thun soll, wendet sich nun an den Magistrat um einen Beitrag zu den Vorarbeiten einer solchen Schienenverbindung und bittet, nur einen Bruchtheil von dem auf 1000 M. veranschlagten Kostenbetrag zu übernehmen und zwar 100 M. Der Magistrat stellt jetzt an die Verammlung das Ersuchen, genannte Summe zu bewilligen. Diese Vorarbeiten enthalten nichts Verbindliches für den Magistrat.

In der Baukommission ist dieser letzte Punkt besonders betont worden. Auf der einen Seite wurde gesagt, daß diese Bahnlinie eine scharfe Konkurrenz für die Eisenbahn werden könne. Wir haben uns in der Baukommission auf

den Standpunkt gestellt, daß, wenn eine solche Sache aus uns heraustritt, die ein öffentliches Interesse darbietet, wir uns einer Voruntersuchung nicht verschließen können. Die Stadt kann nicht von vornherein einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Wir müssen die Hand dazu bieten, wenn man nach Osten bauen will wie nach Westen. Wir müssen wenigstens die Untersuchung der Frage ermöglichen. Auf diesen Standpunkt haben wir uns gestellt.

Ich will das betonen, weil ich in der Zwischenzeit erfahren habe, daß die Interessenten auf eine Güterbahn hinarbeiten, die auf der Nordseite der Delitzscher Straße angelegt werden soll. Ich glaube, daß wir uns auf eine solche Linie schwerlich einlassen können, da könnten die Uebelstände eintreten, die wir bei der Thurmstraße haben. Wir können unmöglich aus Liebe zu den Fabrikbesitzern unsere Straßen versperren und den Verkehr erschweren. Erst nachdem das eine oder das andere Projekt fertig gestellt ist, können wir weitere Stellung zu demselben nehmen.

Ich bitte Sie Namens der Baukommission dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Referent der Finanzkommission St.-B. Schulz: Die Finanzkommission hat mich beauftragt, den Magistratsantrag zu empfehlen.

In der Finanzkommission haben sich zwei Richtungen geltend gemacht. Die eine führte aus, daß die Interessenten diese geringe Summe von 1000 M. sehr wohl hätten allein aufbringen können. Die andere meinte, Halle müßte sich bessere Verkehrswege schaffen, und in diesem Sinne beschloß die Verammlung die Bewilligung von 100 M. In Interessententreisen sind nur 340 M. gezehnet. Es soll abge mit den Vorarbeiten nur begonnen werden, wenn die 1000 Mark vorhanden sind. Unter dieser Bedingung sollen die 1000 M. auch nur bewilligt werden.

St.-B. Schmidt: Ich kann Herrn Friedrich nur zustimmen, daß die Stadt Halle für derartige Anlegenheiten, die geeignet sind, den Verkehr zu erschließen, ein Opfer bringt. Zu verwundern ist es nur, daß die reichen und ziemlich zahlreichen Abjazenten in der Delitzscherstraße nicht einmal die Summe von 1000 M. zu den Vorarbeiten aufbringen können, sondern daß sie zur Stadt kommen und hier betteln. Ein großes Vertrauen zu der Einrichtung ist das nicht.

Vor einigen Tagen sind mir die Gründe gesagt worden, weshalb die 1000 M. schwerlich zusammenkommen werden. Es haben da verschiedene Strömungen stattgefunden. Man beabsichtigt, anders als es sonst geschieht, nicht die Delitzscherstraße zu verwenden, sodas die Anwohner den Gewinn haben, sondern, ich kann es nicht verbürgen und bitte den Magistrat um Auskunft, man will ganz absteigen von der Delitzscherstraße die Bahn durch den Acker führen, wo größere Kaufspekulanten und einige im Kreise angelegene Vermaltungsbeamten größere Gelegenheiten haben, die aufgeschloßen werden sollen. Dadurch dient die Unternehmung Sonderinteressen und dazu möchte ich meine Hand nicht bieten.

Ich möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob sich die Sache so verhält.

Oberbürgermeister St a u d e: Der Magistrat hat in keiner Weise so wie der Herr Vorredner meint mit dem Komitee verhandelt. Das Komitee hat sich an den Magistrat gewandt um eine Beihilfe und der Magistrat hat nun die Vorlage gemacht. Weitere Korrespondenzen haben nicht stattgefunden. Der Magistrat ist der Meinung, daß, wenn die Vorarbeiten gemacht sind, die städtischen Behörden sich in Komitee vertreten lassen können. Im übrigen steht nicht fest, wie das Projekt gemacht werden soll und ob es so gedacht ist, wie es Herr Schmidt sagt. Wir wollen erst abwarten, ob die Mittel zusammenkommen, um die Vorarbeiten zu machen. Wenn diese fertig sind, können wir darüber

schlüssig werden, ob die Anlage zweckmäßig ist. Sonderbestrebungen und Privatinteressen wird der Magistrat nicht dienen. Er will für das Wohl der Industrie sorgen und dazu beitragen, daß das Verkehrsleben gehoben wird. Aus diesem Grunde hat der Magistrat sich an den Verhandlungen über den Bahnbau beteiligt. Ich bin der Meinung, daß es immer von Vorteil ist, die Verkehrswege zu heben und zu erweitern. Ich wünsche, daß wir noch ein viel dichteres Netz von Kleinbahnen um Halle bekommen. Das wird nur der Industrie und dem Handel von Segen sein.

St.-B. Brunnmann: Ich werde gegen die Bewilligung der 100 Mk. sein. Woher soll es führen, wenn sich jedes Dorf eine Bahn bauen will und zu uns um Mittel kommt? Der Betrag ist allerdings nur klein. Wenn aber gesagt wird, wir hätten keine weiteren Verpflichtungen, so glaube ich, wenn wir A gesagt haben, müssen wir auch B sagen. Das haben wir bei der Hofenbahn gesehen. Wie wenig Vertrauen zu diesem Bahnbau vorhanden ist, geht schon daraus hervor, daß die Interessenten von der geringen Summe von 1000 Mk. nur 300 Mk. aufgebracht haben, ferner daraus, daß einer unserer größten Grundbesitzer, Herr Anzholz Rutsche sich unserer ausgesprochen hat. Erst wenn man uns mit der Rentabilitäts-Rechnung kommt, können wir uns entscheiden, einen Beitrag zu liefern. Ich bitte, die Summe abzulehnen.

St.-B. Brünned: Wenn wir 100 Mark bewilligen, so thun wir es im Interesse unserer Bürger. Die event. Privatinteressen, die vielleicht in Betracht kommen können, kennen wir heute nicht.

Der Magistratsantrag wird mit dem Zusatz der Finanzkommission, daß die Summe nur bewilligt wird, wenn die 1000 Mark zusammenkommen, genehmigt.

2. Entschädigung für Landstreifen an der Pfännerhöhe zur Fluchtlinien-Regulierung.
Berichterfasser der Baukommission **St.-B. Steinhau:** Unter Beifügung der betreffenden Akten und unter Zurückziehung seiner Vorlage vom 2. Juni d. Z. erucht der Magistrat die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß

1. für folgende fluchtlinienmäßig zur Pfännerhöhe entfallende Landstreifen
 - a. von Pfännerhöhe Nr. 50, dem Bachmeister Berger gehörig, Parzelle 913 von 35 qm,
 - b. von Pfännerhöhe Nr. 46, dem Mechanikus Hoffmann gehörig, Parzelle 918 von 43 qm,
 - c. von Pfännerhöhe 45, den Stesselschmied Jähnerischen Eheleuten gehörig, Parzelle 921 von 32 qm
- eine Entschädigung von 10 Mk. pro qm gezahlt wird, auch gegenüber dem Mechanikus Hoffmann die Kosten der erforderlichen Entschädigungsverklärungen übernommen und die sämtlichen zu zahlenden Beträge auf Kap. XIV. B. II. Nr. 1 des stämmereihaushaltsplanes gebucht werden;
2. daß wegen der von dem Grundstück Pfännerhöhe Nr. 63, dem Fabrikanten Sioli gehörig, zur Pfännerhöhe entfallenden Parzelle 967 von 84 qm die Einleitung des Enteisungsverfahrens beantragt wird, da Sioli nach der beigefügten Verhandlung vom 15. September cr. bei seiner Forderung von 15 Mk. pro qm bestehen bleibt.
- Ich bitte, sich hiermit einverstanden zu erklären. Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Baukommission.

3. Mittelbewilligung für bauliche Ausführungen auf dem Schlachthofe.
Berichterfasser der Baukommission **St.-B. Heiser:**

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Versammlung vom 2. Juli d. Z. überreicht der Magistrat den gewünschten speziellen Kostenaufschlag für den Erweiterungsbau des Ausspann-Verderbestalles auf dem städtischen Schlacht- und Viehhofe mit dem Ersuchen, sich mit demselben einverstanden erklären zu wollen.

Im Voranschlag waren 14400 Mk. vorgesehen; der Spezialanschlag schließt dagegen mit 13000 Mk. ab. Diese Summe soll aus den Ersparnissen des Baukosten entnommen werden.

Die Baukommission hat den Anschlag geprüft und empfiehlt Ihnen denselben mit einigen unwesentlichen Änderungen zur Genehmigung. Derselben verringert die Bausumme um 600 Mk., jedoch noch 12400 Mk. zu bewilligen sind.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage an.

4. Nachbewilligung zum Haushaltsplan des Schlachthofes.
Berichterfasser **St.-B. Billing:** Der Magistrat legt den Finalabschluss der Kasse des städtischen Schlachthofes für 1893/94 zur Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen vor, die danach entfallenden Mehrausgaben in Höhe von 6764,12 Mark aus den Einnahmen des Schlachthofes zu bewilligen. Den Mehrausgaben stehen bei verschiedenen Titeln entsprechende höhere Einnahmen gegenüber.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Finalabschluss und bewilligt die geforderte Summe nach.

5. Antrag bezüglich der Moritzburg
fällt aus, da er noch nicht fertig beraten ist.
Er lautet:
Der Magistrat legt die Gründe dar, aus welchen er zu der Ansicht gekommen ist, daß es durchaus wünschenswert ist, sobald als möglich die erforderlichen Schritte zu thun, um der Stadt das Verfügungsrecht über denjenigen Teil der Moritzburggrüne zu verschaffen, welcher zu Einrichtungen von Museumsbauten erforderlich sein würde. Zur Erreichung dieses Zieles ersucht den Magistrat eine Inmediat-Eingabe an Seine Majestät den Kaiser und König der gewiesene Weg zu sein. Der Magistrat erucht die Versammlung, mit der Absendung eines Inmediatgesuches um wegentliche Ueberlassung des südlichen Teiles der Burggrüne zwecks späterer Errichtung von Museumsbauten sich einverstanden erklären zu wollen.

6. Annahme eines Legates von 2000 Mk.
Berichterfasser **St.-B. Kysel:** Der kürzlich hier verstorbene Stellmachermeister Werner hat der Stadt Halle ein Legat von 2000 Mk. unter der Bedingung angesetzt, daß dieselbe dagegen die Pflege und Unterhaltung der Werner'schen und Schmalbach-Weilsohn'schen Begräbnisstellen auf dem Stadigottesacker übernehme. Der Magistrat hat die Annahme des Legates zu Gunsten der Gottesackerkasse und die Uebernahme der Verpflichtung zur Pflege und ordnungsmäßigen Unterhaltung folgender auf dem Stadigottesacker belegenen Erbgräberstellen,

- a. der Schmalbach-Weilsohn'schen Nr. 13, 14, 15 und 16 bis zum 23. Juni 1923,
 - b. der Werner'schen Nr. 238 bis zum 14. Mai 1940 und
 - c. der Werner'schen Nr. 316 bis zum 28. August 1945 beschließen und erucht die Versammlung, seinen Beschlüsse beizutreten.
- Die vom Testamentsvollstrecker angebotenen Effekten in Halle'scher 3/4 Proz. Stadtanleihe von 1886 sollen zum Kurs übernommen und der auf das Kapital entfallende Betrag für den Erbhaftstempel auf Tit. V des Haushaltsplanes der Gottesackerverwaltung für 1894/95 übernommen werden.
- Die Versammlung erklärt sich mit der Annahme des Legates einverstanden.

7. Annahme eines Legates von 300 Mk.
Berichterfasser **St.-B. Kysel:** Die Wittve Wilschelmie Bachmann geb. Ebner hierzulbst besitzt das Erbgräberstück Nr. 777 auf dem hiesigen Nordfriedhofe. Sie hat sich er-

baten, der Gottesacker-Verwaltung ein Kapital von 300 Mk. in Preussischen 3/4 Proz. Staatsb. zu überweisen, sofern dieselbe dagegen die ordnungsmäßige Pflege und Unterhaltung des gedachten Erbgräberstückes auf die gesetzliche Dauer übernimmt. So lange sie lebt, will sie die Pflege und Unterhaltung des Erbgräberstückes selbst besorgen und sich den Zinsgenuss des Kapitals vorbehalten.

Der Magistrat hat die Annahme des Kapitals unter den gedachten Bedingungen beschlossen und erucht die Versammlung, seinen Beschlüsse beizutreten.

Es geschieht.

8. Nachbewilligungen für Versicherungen.
Berichterfasser **St.-B. Schulz:** Kap. II C. Nr. 6 des laufenden stämmereihaushaltsplanes sind zu Feuer- und Glasversicherungs-Gebühren für städtische Gebäude 4500 Mk. vorgesehen, 5987,76 Mk. aber bereits ausbezahlt, sodas eine Uebererschreitung von 1487,76 Mk. eingetreten ist. Weitere Ausgaben stehen bevor. Der Magistrat beantragt zu Lasten des Kap. XXI 6 2000 Mk. noch zu bewilligen.

Dervorgewiesene ist die Uebererschreitung hauptsächlich durch Zahlung der Prämie für die vom 1. April 1894 ab bis dahin 1899 geschlossene Versicherung der Spiegel- und Doppelglascheiben sowie Fenster im Rathstetter.

Der Antrag wird angenommen.

9. Nachbewilligung für unvorhergesehene Ausgaben.
Berichterfasser **St.-B. Schulz:** Kap. II B. Nr. 6 des laufenden stämmereihaushaltsplanes legt zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben für unbesetzte Grundstücke 75 Mk. aus. Ausgegeben sind schon 155,60 Mk., und ist somit bereits eine Uebererschreitung von 80,60 Mk. eingetreten. Weitere Ausgaben stehen noch bevor.

Der Magistrat beantragt zu Lasten von Kap. XXI 6 150 Mk., nachbewilligen zu wollen.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage an.

10. Bauliche Veränderungen an Restaurationsgebäude auf der Reisküh.
Berichterfasser der Baukommission **St.-B. Friedrich:** Der Magistrat hält eine Veränderung des Eingangs zur Damenreterade im Restaurationsgebäude auf der Reisküh für erforderlich. Unter Beifügung der Vorzüge wird die Versammlung erucht, der Veränderung zuzustimmen und die auf 550 Mk. berechneten Kosten aus der Anleihe bewilligen zu wollen.

Ich empfehle, an dem Plane einige Änderungen vorzunehmen und zur Ausführung des Projektes dann 400 Mk. zu bewilligen.

Dies geschieht.

11. Petition Schramm, Entschädigungsausprüche betreffend.
Berichterfasser **St.-B. Schmidt:** Herr Schramm hat in einer Petition um eine Entschädigung von 925 Mk. gebeten. Der Magistrat will nur 879 Mk. zahlen. Herr Schramm ist durch die Hofenbahn ein Stück Gartenland gewonnen. Er sagt mir, daß jeder Sachverständige den Betrag aus Gartenland höher schätze als aus gewöhnlichem Felde. Das Gartenland muß in jedem Jahre in besonderem Maße gedüngt werden, wenn eine gute Ernte erzielt werden soll. Sodann sind ihm neu angelegte Spargelbeete zerstört worden, die gerade in diesem Jahre zum ersten Male anbaufähig gewesen sind. Ferner seien ihm 17 Obstkäuze weggeschlagen worden, die im vorigen Jahre zum ersten Male getragen haben. Endlich schreibt er, daß seit Beginn der Pachtzeit die auf dem Grundstück liegende große Waage nicht in Ordnung gewesen sei, so daß er sie nicht habe benutzen können. Nun verlangt eine polizeiliche Vorchrift, daß an allen Waagen Entlastungsvorrichtungen angebracht werden müssen. Er bittet daher, die Summe hierzu zu bewilligen, die Reparatur wolle er besorgen.

Die Petitionskommission schlägt Ihnen vor, bezüglich

der Entschädigung für Gartenland zur Tagesordnung überzugehen, die Festsetzung der Entschädigung aber dem in Bachtverträge vorgesehenen Schiedsgerichte zu überlassen. Hinsichtlich der Entschädigung für Spargelbeete und Bäume empfiehlt die Kommission, den Magistrat zu ersuchen, mit Herrn Schramm in weitere Unterhandlungen zu treten, die Festsetzung event. ebenfalls von dem Schiedsgericht vornehmen zu lassen.

Den letzten Teil der Petition empfiehlt die Kommission, dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Anträge der Petitionskommission werden genehmigt.

12. Interpellation, die Plätze der Berichterstatter im Stadtvorordneten-Saale betreffend.
Vorfrager: In den letzten acht Tagen sind verschiedene auf diese Angelegenheit bezügliche Schriftstücke von den hiesigen Blättern eingegangen. Ich habe es als den zweckmäßigsten Weg erachtet, dieselben dem Herrn Berichterstatter Schulz zu übermitteln.

St.-B. Schulz: Am vergangenen Montage ist von einer Anzahl von Stadtvorordneten eine Interpellation eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:
Der Platz der Berichterstatter der hiesigen Zeitungen soll ein zu wenig geeigneter sein, daß solche mit heute ihre Tätigkeit einstellen wollen.

Interziduale erlauben sich beim Magistrat die ergebene Anfrage, welche Stellung derselbe hierzu nimmt.

Meine Herren! Sie haben ja verschiedentlich gelesen, daß die Berichterstatter mit den ihnen angewiesenen Plätzen nicht zufrieden sind. Die Unzufriedenheit bringen sie in einem Schreiben der hiesigen Blätter an die Versammlung zum Ausdruck. Sie behaupten, die Belichtung sei gesundheitsschädlich, und die Temperatur dort oben sei nicht dazu angethan, fundamente zu arbeiten zu können. Sie bringen unabweisend zum Ausdruck, daß sie dort oben nicht weiter berichten können, wenn die Berichte fachgemäß gehalten werden sollen. Sie bitten daher den Magistrat, ihnen andere Plätze anzuweisen.

Ich glaube, wir alle haben Anlaß genommen, nach oben zu gehen, um die Nutzträglichkeiten kennen zu lernen, und ich muß gestehen, daß vieles von dem Bekannten zutrifft. Es ist z. B. unmöglich, immer in das grelle Licht zu sehen. Dann ist es auch ein Unterschied, ob ich den Redner sehe und vielleicht auf eine Zeichnung einen Blick werfen kann, oder überhaupt gar nichts sehe. Ueber die Akustik läßt sich streiten. Wenn kann man mindestens ebenso gut hören als unten. Ich trene mich darüber, daß man befristet ist, wie ich gesehen habe, Abhilfe zu schaffen. Uns muß vor allen Dingen daran liegen, einen sachgemäßen Bericht zu bekommen, und wir haben daher die Verpflichtung, den Berichterstattern solche Plätze anzuweisen, die nicht gesundheitsschädlich sind.

Bürgermeister Dr. Schmidt: Die Beschwerden, die vorgebracht sind, richten sich vornehmlich gegen die Belichtung. Es muß anerkannt werden, daß dieselbe eine wenig glückliche war. Die Belichtung wurde als unzureichend und störend bezeichnet, einmal deswegen, weil die Herren bei Tage die großen Fenster gegenüber haben und das Licht bei Eintritt künstlicher Belichtung eine ähnliche ungünstige Wirkung ausübt. Wir haben jetzt provisorisch eine Aenderung einführen lassen, um dem Uebelstande zu begegnen. Früher stand ein Parallellisch mit der Tribüne. Dadurch wurden zwei Herren gezwungen, dem Fenster gegenüber zu sitzen. Jetzt sind verhältnismäßig zwei kleine Balken angebracht worden, die den Herren gestatten, das Seitenlicht auszunützen und sich so zu setzen, daß das Gesicht nicht dem Fenster zugekehrt ist. Es wird wohl zu hoffen sein, daß damit die Belichtung im wesentlichen beseitigt ist. Auch hier im Saal ist eine große Anzahl von Plätzen, die direkt oder mindestens seitliches Licht erhalten. Ich weise mir auf den einen Magistratsstisch und auf die Plätze der Stadtvorordneten auf den ersten Bänken hin. Außerdem wurde darüber gesagt, daß die Belichtung unzureichend sei. Die Tischplatte erhalte nicht genügend

